

Kinder sehen die Welt



Riesenrad und Spiegellabyrinth. Die fünfeinhalbjährige Lara geniesst die diesjährige Herbstmesse in vollen Zügen – besonders das Riesenrad hat bei ihr einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Auf ihrer detaillierten Zeichnung gehen selbst Spiegellabyrinth und Ballonverkäufer nicht vergessen. jug

Wir freuen uns über Kinderzeichnungen. Man kann sie am Schalter abgeben oder einsenden an: Basler Zeitung, Redaktionssekretariat, Kinderzeichnung, Aeschenplatz 7, 4002 Basel.

Einspruch

Erfolgsmodell weiterführen

Von Thomas Eugster und Marc Schinzel

Am 27. November stimmen wir über die Weiterführung des Baselbieter Energiepakets ab. Am Anfang stand ebenfalls eine Volksabstimmung: 2010 sagten 62 Prozent Ja zu einer gesetzlichen Zielvorgabe, wonach bis 2030 40 Prozent des kantonalen Energieverbrauchs (ohne Mobilität) mittels erneuerbarer Energien zu decken ist. Der Kanton stellte einen zehnjährigen Kredit von 50 Millionen Franken für Beiträge an energetische Gebäudesanierungen zur Verfügung. Das Paket griff: In den vier Jahren nach seiner Einführung ging der kantonale Energieverbrauch um 8,4 Prozent zurück, sechsmal stärker als in den vier Jahren zuvor. Mit Fördermitteln von 69 Millionen Franken (Bund und Kanton) wurden Sanierungsaufträge von rund 700 Millionen Franken ausgelöst. Diese gingen zu 70 Prozent (!) an das lokale Gewerbe. Das Modell ist so attraktiv, dass der Kredit schon 2018 erschöpft sein wird.

Wie weiter? Das Energiepaket abrupt beenden und die vom Volk gewollte Reduktion des fossilen Energieverbrauchs «vergessen», nachdem die FDP 2011 selber beschloss, sich für eine effizientere Energienutzung einzusetzen? Oder das erfolgreiche Modell fortführen und stärken, jedoch zum Preis einer zweckgebundenen Abgabe auf mit Öl und Gas beheizten Liegenschaften?

Die Senkung des Öl- und Gasverbrauchs reduziert unsere riskante Abhängigkeit vom Ausland.

Am Parteitag vom 29. September stimmten vier Fünftel der FDP-Delegierten den Energiefördermassnahmen zu. Die «Abgaben-Kröte» konnten wir schlucken, weil wir sahen, dass das Energiepaket wirkt und das neue Energiegesetz nicht mit Verboten und Zwang, sondern mit Anreizen schafft. Die Abgabe fällt mit 0,5 Rappen pro Kilowattstunde fossiler Energie (im Jahr 150 Franken für ein Einfamilienhaus, 40 Franken für eine kleine Wohnung) massvoll aus. Sie ist verursachergerecht: Wer mit Öl oder Gas heizt, zahlt moderat, profitiert aber, wenn er oder sie Sanierungsmassnahmen trifft. Ein «Must» für uns Freisinnige ist das Enddatum der Abgabe: In der Verfassung wird verankert, dass sie spätestens 2030 automatisch dahinfällt.

Die ordnungspolitischen Bedenken der Gegner sind ernst zu nehmen. Alternativen zeigen sie aber nicht auf. Handelskammer-Direktor Saladin sagt, eine CO₂-Reduktion lasse sich mittels Kauf von Emissionszertifikaten für fünf Franken (Vermeidung einer Tonne CO₂) viel günstiger erreichen als mit dem Energiegesetz, wo der gleiche Effekt 50-mal teurer sei. Das ist heute Fiktion: Der planwirtschaftlich konzipierte Handel mit Emissionszertifikaten liegt europaweit am Boden und hat keinen Lenkungseffekt. Die ärgsten CO₂-Verursacher (osteuropäische Kohle- und Ölkraftwerke) erzielen satte Gewinne mit dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten und haben keinen Anreiz, ihre miserable Energiebilanz zu verbessern. Noch ein wichtiger Punkt: Die Senkung des Öl- und Gasverbrauchs reduziert unsere riskante Auslandsabhängigkeit. Mit dem Energiepaket sparen wir jährlich 450 Güterzüge Erdöl. Wenn wir mittels Förderung der Energieeffizienz von Gebäuden unsere Abhängigkeit von krisengeschüttelten, autoritären Staaten wie Libyen, Saudi-Arabien oder Russland (Erdgas!) verringern können, ist das zu begrüssen. Deshalb sagen wir zweimal Ja zu den Baselbieter Energiefördermassnahmen.

Landrat Thomas Eugster, FDP, Liestal, und Landrat Marc Schinzel, FDP, Binningen.

Briefe

Zu meiner Heimat gehören Postfilialen

Basler Hauptpost-Filiale soll schliessen; BaZ 3. 11. 16 und Daheim und längst woanders; BaZ 2. 11. 16

Die Entfremdung erreicht nun einen kritischen Punkt: Schon im Tram kein Baseldeutsch mehr; dann, im ganzen Land, Schliessung der Postfilialen! Auch in Basel, im Zentrum der Stadt, im historischen Postgebäude! Am Montag widmete die BaZ eine ganze Seite dem Heimatgefühl – ein Hohn. Für mich gehören zur Schweiz, zu meiner Heimat, die Postfilialen in jedem Dorf und die Haltestellen der Postautos.

Wenn ich nicht irre, ist ein Service public eine Staatsaufgabe, die etwas kosten darf und nicht rentieren muss. Ein Grundversorgungsauftrag für die Bevölkerung. Und wenn uns schon die Pflege der Landschaften durch unsere Bauern einen namhaften Betrag wert ist, so sollte dies auch für unsere Postfilialen gelten. Haben wir nicht schon genug Landflucht? Und ist die Post nicht in jedem Dorf, nebst der Kirche, dem religiösen Zentrum, das säkulare Zentrum und einer der wichtigsten Begegnungsorte? Wenn das Dorf Glück hat, gibt es immerhin noch ein Gasthaus. Für obsessive Rentabilitätsdenker ist die Bevölkerung offenbar nur noch Manövriermasse. Das Bezahlen der Steuern wird immer unerfreulicher.

Nicole Gygi, Basel

Eine Tragödie für die Schüler

Gegen die Sparübung bei den Privatschulen; BaZ 27.10.16

Thomas Dähler schreibt, die Regierung gehe nicht davon aus, dass nach dem Wegfall der Beiträge Schüler von Privatschulen in die öffentliche Schule wechseln würden. Ich selbst schicke meine Tochter auf eine gemeinnützige Schule, die Steiner-Schule Mayenfels in Pratteln. Ich möchte, dass meine Tochter Kinder aus allen sozialen Schichten und der ganzen Welt kennenlernt. Die 10. Klasse der Schule besucht momentan ein 15-Jähriger, der den Weg aus einem Flüchtlingslager zu uns geschafft

hat – alleine, ohne Familie. Schulgeld kann er nicht bezahlen, der Staat übernimmt den Beitrag, den die Regierung nun streichen will. Eine Familie, die ebenfalls einen Sohn in der 10. Klasse hat, hat den Jungen unentgeltlich aufgenommen. Dieser Schüler hat einen so grossen Lernhunger und -eifer, dass die anderen Schüler staunen und plötzlich merken, was für ein Privileg sie haben, dass sie lernen dürfen.

Die Schule hat viele Schüler, deren Eltern nichts oder nur sehr wenig bezahlen können. Der Beitrag, den die Regierung bis jetzt zahlt, ist daher sehr wichtig. Ob es die Schule finanziell schafft, wenn dieses Geld wegfällt, weiss ich nicht. Wenn nicht, wäre das eine Tragödie für die Schüler. Deshalb möchte ich die Regierungs- und Landräte bitten, über die Bücher zu gehen, differenziert hinzuschauen und die Situationen von Schulen wie dem Mayenfels zu berücksichtigen

Wolfgang Klingler, Rheinfelden

Die Forderungen sind ein Witz!

Milliarden-Poker um den Atomausstieg; BaZ 1. 11. 16

Die BaZ berichtet, dass Axpo und Alpiq Milliardenentschädigungen verlangen wollen, sollte die Initiative für einen geordneten Atomausstieg angenommen werden. Diese Forderungen sind ein Witz. Sie wollen die AKWs 60 Jahre laufen lassen, dabei fliegt ihnen das 47-jährige Beznau I schon heute halb um die Ohren – es steht wegen Sicherheitsmängeln seit 18 Monaten still. Die durchschnittliche Laufzeit von AKWs liegt weltweit weit unter 30 Jahren. Für ihren vergleichsweise «alten Schrott» (wir haben den ältesten AKW-Park der Welt!) wollen die AKW-Betreiber also noch Geld, dabei würden sie die teuren Nachrüstungen und Sicherheitsupdates lieber in Solar- oder Windkraftwerke investieren. Die liefern nämlich günstigen Strom und nach der Amortisation der Investition reinen Gewinn. Dort ist also der Profit zu holen. Wer unternehmerisch denkt, schaltet die AKWs geordnet und geplant ab. Mit einem Ja tun wir etwas für die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung.

David Wüest-Rudin, Basel

Die Lage der Klinik ist entscheidend

Reha Chrischona; BaZ diverse

Mit Interesse habe ich die Kontroversen um die Schliessung der Reha Chrischona verfolgt. Viel zu wenig beachtet wurde bisher die Lage der Klinik. Anfang März wurde ich in der Reha behandelt. Nicht nur die Pflege und das Essen waren ausgezeichnet, auch dank der ruhigen und wunderschönen Lage habe ich mich sehr gut erholen können. Im kleinen Garten kann man in schönster Natur die Seele baumeln lassen. Ich hoffe, dass die Verantwortlichen doch noch imstande sein werden, über das rein Kommerzielle hinwegzudenken und zum Wohle der Patienten den Standort Chrischona nicht aufgeben werden.

Dora Trevisan, Therwil

Keine Propaganda im Wahlkampf

Abstimmung zur Energieabgabe wegen Propaganda gefährdet; BaZ 3. 11. 16

Die Publikation zum Baselbieter Energiepaket flattert bereits seit einigen Jahren regelmässig ins Haus. Bisher hatte damit auch niemand ein Problem. Wieso auch? Deshalb verstehe ich die Aufregung nicht. Es war gerade die Politik, die von der strategischen Gemeinschaft des Energiepaketes verlangt hat, in regelmässigen Abständen über die Entwicklung zu informieren. Es ist nur natürlich, dass in der aktuellen Ausgabe auf das Thema hingewiesen wird. Im Übrigen finde ich beim besten Willen keinen Abstimmungsauftrag in der Publikation – von Propaganda kann deshalb nicht die Rede sein.

Stefan Zemp, Landrat Sissach

Gute Liga, schlechte Liga

Guter Fischer, schlechter Fischer; BaZ 3. 11. 16

Klar, der Trainer ist ein Faktor im Fussball, aber die Frage muss anders gestellt werden, nämlich: Genügt die Super League internationalen Ansprüchen? Nein – was Tempo, Ballsicherheit und

Passgenauigkeit betrifft. Wie soll sich der FCB dies aneignen, wenn er in der Meisterschaft nicht auf diesem Niveau gefordert wird? In jeder Sportart braucht es Konkurrenz auf höchstem Niveau, um Spitzenleistungen zu bringen. Auch ein Roger Federer wäre nicht top, wenn er nur Challenger-Turniere spielen würde, da könnte auch der beste Coach nicht helfen. Solange das so ist, sind auch gewisse Ansprüche an internationale Erfolge überbissen, zumal die Schere zwischen grossen und kleinen Clubs sich weiter öffnet – leider! Geld regiert auch im Fussball.

Bernhard Schnoz, Biel-Benken

Die neue Generation legt Geld selbst an

Stadt ohne Finanzplatz; BaZ 3. 11. 16

Interessant, dass Sarasin noch vom Finanzplatz Basel, Zürich oder Genf spricht, obwohl es seit dem Verschwinden der physischen Börsen und dem Einzug des digitalen Handels nur einen Finanzplatz Schweiz gibt. Auch die Wortwahl, «Kapital überlassen», zeugt eher von der altmodischen Haltung, dass nur Banken Vermögen richtig verwalten können, während die Entwicklung in eine andere Richtung geht: Privatanleger sind heute in Finanzgeschäften versierter und legen Geld selbst an. Die «alten Vermögen» werden nicht langsam aufgezehrt, sondern von der neuen Generation selbst verwaltet.

Urs H. Flueckiger, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.
<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel